

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Ayodhya Tempelbau

Durch ein weitreichendes Urteil des Obersten Gerichtshofes (Supreme Court), sind die Pläne der indischen Regierung, den hindu-chauvinistischen Gruppierungen wie VHP und BJP die Kontrolle über den geplanten Bau eines Ramtempels in Ayodhya zu entreißen, möglicherweise gescheitert. Im September hatten drei der wichtigsten religiösen Führer der Hindus, sehr zur Freude der Regierung unter Premierminister Rao, einen Trust gegründet, der den Bau des umstrittenen Ramtempels in Ayodhya vorantreiben soll. Die Gründung des 21 Mitglieder umfassenden 'Sri Ramjanmabhoomi Ramalaya Trust' wurde von Jagadguru Swami Bharati Teerth, dem Shankaracharya Sringeris, dem Shankaracharya von Dwarka, Swami Swaroopanand und Swami Ramnareshacharya Mitte Oktober in einer Pressekonferenz verkündet. Die Vorwürfe der 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP), der Trust sei ein "von der Regierung finanziertes Unternehmen" und werde niemals die Unterstützung des Volkes erhalten, wurden von den Trustgründern heftig zurückgewiesen. Die vordringliche Aufgabe des Trusts sei der Bau eines Ramtempels in Ayodhya, so die Swamis, die von der indischen Regierung die baldige Übergabe des umstrittenen Geländes an den Trust verlangen.

Die Gründung des Trusts erfolgte nach monatelangem Gezänk zwischen den Shankaracharyas, den fünf wichtigsten religiösen Führern der Hindus, der VHP und der regierenden Kongreßpartei. Für die VHP, die als eine der treibenden Kräfte hinter der Zerstörung der Babri-Moschee gilt, bedeutet die Gründung des Trusts einen herben Rückschlag, sieht sie den Bau des Ramtempels in Ayodhya doch als eine ihrer Hauptaufgaben. Doch mit dem äußerst einflußreichen Swami Ramnareshacharya aus Varanasi sowie dem aus Karnataka stammenden Swami Vishesh Teerth hat die VHP zwei ihrer wichtigsten Befürworter des Tempelbaus an den neuen Trust verloren. Die Gründung des Trusts bedeutete bis zu dem Gerichtsurteil des Obersten Ge-

richtes auch einen Erfolg für die Regierung unter Premierminister Rao, hat diese sich doch immer gegen einen von der VHP organisierten Tempelbau ausgesprochen. Doch einige der Trustmitglieder haben angekündigt, den Trust wieder zu verlassen, wenn die Regierung nicht schon bald das umstrittene Gelände in Ayodhya dem Trust überläßt - und es ist genau dieses Versprechen, das die Regierung nach dem Richterspruch nicht einhalten kann.

Nach der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya hatte die Zentralregierung im Januar 1993 das umstrittene Gelände in Ayodhya "beschlagnahmte" und wollte es nun an den Trust übergeben. Das Oberste Gericht erklärte zwar die Beschlagnehmung des Geländes für rechtmäßig, weist in seinem Urteil jedoch darauf hin, daß die Regierung das Gelände nur zu verwalten habe, bis die wirklichen Eigentumsverhältnisse geklärt sind. Mit diesem Urteil müssen die verschiedenen Verfahren, die in mehreren Gerichtshöfen des Bundesstaates Uttar Pradesh anhängig sind, um die Eigentumsverhältnisse zu klären, wieder aufgenommen werden.

'Samata Party' gegründet

Die Gruppe der Dissidenten um George Fernandes, die sich von der 'Janata Dal' abgespalten und sich bisher 'Janata Dal (G)' genannt hat, hat Ende Oktober den Namen 'Samata Party' angenommen. Der neue Name der Partei wurde von Georges Fernandes auf einer Massenkundgebung "zur Rettung Bihars" (Bihar Bachao) in Patna bekanntgegeben. Die Kundgebung erwies sich als eine der ersten Sternstunden der neuen Partei und als ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung ihres Ziels, die Regierung unter Ministerpräsident Laloo Prasad Yadav zu stürzen. Nicht nur die große Zahl von Teilnehmern, die Slogans gegen die Landesregierung skandierten, der Korruption und Vetternwirtschaft vorgeworfen wird, ließen die Veranstaltung zu einem Triumph für die neue Partei werden. Die Kundgebung wurde

außerdem geschickt genutzt, den Wechsel wichtiger Landespolitiker der 'Janata Dal' und der 'Congressparty' zur 'Samatapartei' bekannt zu geben. Als größte Überraschung galt die Teilnahme des Vizepräsidenten der Kongreßpartei und der Beitritt einer Reihe von Abgeordneten des Landesparlamentes von Bihar, darunter einige wichtige Mitglieder der regierenden 'Janata Dal'.

Quotensystem für alle "Minderheiten"

Für heftigen politischen Wirbel sorgt seit Mitte Oktober der Vorschlag des "Union Welfare Ministers", Sitaram Kesri, alle religiösen Minderheiten als "rückständige Klassen" (backward classes) zu definieren und sie damit in das Reservierungssystem von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst zu integrieren. "In diesem Land leben mehr als 100 Millionen Moslems, und ihre sozio-ökonomische Situation ist bedauernswert", so Kesri. Natürlich müsse, so der Minister weiter, die "creamy layer"-Regel angewendet werden, wonach die ökonomisch bessergestellten Angehörigen dieser Minderheiten von den Quoten ausgeschlossen werden müssen. Ohne einen Zeitplan für die Umsetzung dieses noch sehr vagen Vorschlages zu nennen, wofür möglicherweise eine Verfassungsänderung notwendig ist, ist diese Ankündigung des Ministers doch von großer Bedeutung und politischer Brisanz, weil hier zum ersten Mal die in der Verfassung festgeschriebenen Quoten für "rückständige Klassen" auf alle Minderheiten angewendet werden. In politischen Kreisen wird die Erklärung Kesris vor allem als ein Schritt der regierenden Kongreßpartei gesehen, angesichts der bevorstehenden Landesparlamentwahlen in Andhra Pradesh, Karnataka, Goa und Sikkim, ihre Wählerbasis auszuweiten und die "Minderheiten" für sich zu gewinnen. Die Erklärung Kesris, die zeitlich mit der Gründung eines Trusts zum Bau eines Ramtempels in Ayodhya zusammenfällt (siehe Meldung), wird außerdem als ein Beschäftigungsmittel für die

Moslems gesehen, die bis zuletzt gegen die Gründung dieses Trusts gekämpft hatten. Kesri bekräftigt mit seinem Vorschlag die Absicht der Regierung, eine 10-Prozentquote für all die wirtschaftlich rückständigen Gruppen einzuführen, die nicht durch das bisher gültige Quoten- und Reservierungssystem erfaßt sind.

"Autonomes Jharkand"

Ende September unterzeichneten der Ministerpräsident Bihars Lallu Prasad und der Minister für Innere Sicherheit, Rajesh Pilot, ein Abkommen zur Einrichtung einer "Autonomen Jharkand Region" (Jharkand Area Autonomous Council - JAAC). Damit scheint der über 50jährige und zum Teil blutige Kampf der Volksgruppen der Jharkandregion um mehr Selbstständigkeit beendet zu sein. Die geplante JAAC soll 18 Distrikte im südlichen Bihar umfassen; die Forderung verschiedener Repräsentanten der Jharkand Bewegung

nach einem eigenständigen Bundesstaat Jharkand, der auch einige Distrikte in Westbengal, Orissa und Madhya Pradesh umfassen sollte, bleibt mit diesem Vertrag unerfüllt.

Die Jharkandbewegung, die ihren Forderungen nach einem eigenständigen Bundesstaat seit den 1980er Jahren mit zunehmender Gewalt Nachdruck verliehen hat, ist heute vielfach gespalten.

Die wichtigste Organisation der Bewegung, die 'Jharkand Mukti Morcha (S)', hat die Vereinbarung begrüßt und ist mit der begrenzten legislativen Macht, die die Region erhalten soll, offenbar zufrieden. Eine Vielzahl anderer Gruppen lehnen den Vertrag dagegen ab, darunter die 'All Jharkands Students Union' (AJSU), die 'Jharkand People's Party' (JPP) und die Krishna Mardi Fraktion der 'Jharkand Mukti Morcha' die zu Protestaktionen wie Streiks und Demonstrationen gegen das Abkommen aufgerufen hat. Das Abkommen sieht vor, daß 90 Prozent der Mitglieder des Councils gewählt werden, wobei Scheduled

Castes und Tribes angemessen vertreten sein sollen. Die restlichen zehn Prozent werden von der Landesregierung Bihars ernannt. Ein 16 köpfiger Rat bildet die Exekutive. Er erhält "Regierungsvollmachten" für so wichtige Bereiche wie Landwirtschaft, Bergbau/Mineralien, öffentliche Gesundheitsversorgung und ländliche Entwicklung. Die geplante JAAC kann legislative Empfehlungen an das Landesparlament Bihars richten, eigene "Zusatzgesetze" (by-laws) und Richtlinien zu bestehenden Landesgesetzen erlassen und die örtlichen Behörden und Panchayatinstitutionen überwachen. Die Landesregierung kann den gewählten Rat nicht auflösen und Neuwahlen veranlassen.

Die Erben Niyogis

Die 'Chattisgarh Mukti Morcha' (CMM), die als politische Partei anerkannte unabhängige Gewerkschaft, hat sich gespalten. Gegründet von dem 1991 ermordeten Shankar Guha Niyogi, hat die viel-



Da staunt Mahatma Gandhi: Das Neue Indien, wie es der Karikaturist der 'Times of India' sieht.

fach auch als Bewegung charakterisierte Organisation seit Ende September eine neue Fraktion, die sich 'Chattisgarh Mukti Morcha (Niyogi Panth)' nennt.

Auch zu Lebzeiten Niyogis war die CMM und deren Vorgängerorganisation, die Minenarbeitergewerkschaft Chattisgarhs, nicht frei von Auseinandersetzungen, die jedoch durch die charismatische Führungspersönlichkeit Niyogis unter Kontrolle gehalten wurden. Nach Niyogis Tod übernahm sein enger Vertrauter Janak Lal Thakur, der 1985 als CMM Abgeordneter in das Landesparlament Madhya Pradesh gewählt wurde, die Leitung der Organisation (siehe dazu auch 'Südasiens', 7/94). In den vergange-

nen zwei Jahren mehrten sich kritische Stimmen innerhalb der CMM, die Thakur vorwerfen, von den Idealen Niyogis abzuweichen. Die "Dissidenten" haben nun ein Programm ausgearbeitet, das eine zügige Auflösung der Bewegung in Bhilai, dem "Geburtsort" der CMM vorsieht. Sie werfen der CMM unnötige Einmischung in die Organisation der Arbeiter des Stahlwerkes in Bhilai vor.

Thakur und seine Mitarbeiter halten dagegen, die Spaltung sei von den Industriellen der Region initiiert worden, um die Bewegung zu schwächen. Beide Fraktionen jedoch beschwören trotz aller Meinungsverschiedenheiten weiterhin die Gründerfigur Niyogi, der bei den

Arbeitern so beliebt war. Diese stehen nun vor der Entscheidung, unter den "Erben" Niyogis, die "wahren" zu finden.

Dresdner Bank in Indien

Sechs ausländische Banken, darunter die Dresdner Bank, haben die Erlaubnis erhalten, eine Filiale in Indien zu eröffnen. Damit steigt die Zahl der ausländischen Banken auf 29. Die australische 'ANZ Grindlays' ist mit 56 Filialen die größte ausländische Niederlassung des Landes, gefolgt von der englischen 'Standard Chartered' und der 'Hong Kong and Shanghai Banking Corporation'.

Krisenherd Uttarkhand

Autonomie, soziale Konflikte und politischer Machtkampf

von Kamini Prakash und Klaus Voll

In den Bergregionen von Indiens bevölkerungsreichstem Bundesstaat Uttar Pradesh (140 Millionen Einwohner) entwickelte sich in den letzten Monaten eine politische Bewegung für einen separaten Staat "Uttarkhand". Mangelnde wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitslosigkeit sind ebenso wie in anderen Teilen Indiens maßgebliche Triebkräfte. Im Rahmen der Agitationen wurden mehrere Personen getötet. Die Aktivisten verlangen, daß die Reservierungspolitik in den überwiegend von Oberkasten bewohnten Gebieten nicht voll bzw. gar nicht angewendet wird. Der erfahrene 'Congress'-Spitzenpolitiker N.D. Tiwari benutzt die Lage in Uttar Pradesh und in den Bergregionen, um Premierminister Rao herauszufordern. Ob die Anti-Reservierungspolitik dazu jedoch das geeignete Instrument ist, darf bezweifelt werden. Vielleicht wird man sich eines Tages an die Uttarkhand-Bewegung als letzten Versuch der Oberkasten erinnern, die nunmehr in ganz Indien unstrittige Reservierungspolitik für Mittel-, Unterkasten und Stammesbewohner rückgängig zu machen. Sollte es wider Erwarten zu einem eigenen Staat Uttarkhand kommen, so könnte dies ähnliche Bewegungen in anderen Landesteilen auslösen bzw. bereits bestehenden neuen Auftrieb geben.

Geographie

Uttarkhand umfaßt mit seinen acht Distrikten ein Gebiet von ca. 55.000 Quadratkilometern innerhalb des Staates Uttar Pradesh. Das landschaftlich sehr schöne Gebiet mit den Himalaya-Bergen, einer reichhaltigen Flora und beliebten Tourismus-Orten grenzt an Nepal, Tibet und den nordindischen Staat Himachal Pradesh. Dieser "Wohnsitz der Götter" ("Dev Bhoomi") mit Indiens höchstem Berg Nanda Devi ist Sitz heiliger Hindu-Städte wie Badrinath, Rishikesh und Devaprayag. Zahlreiche Flüsse, so u.a. der

Ganges, nehmen dort ihren Ursprung. Neben Bodenvorkommen gibt es große, allerdings sehr bedrohte Waldbestände. Die Region ist außerdem ein hochsensitives geologisches Gebiet.

Bevölkerung

In Uttarkhand leben ca. sechs Millionen Menschen. In den Ebenen überwiegen die Mittel- und Unterkasten sowie Stammesbewohner, während es in Uttarkhand einen überproportional hohen Anteil von Oberkasten gibt. Die Mittelkasten ("Other Backward Castes", OBC) betragen ca. fünf Prozent der

